

(Abg. Schiebler.)

(A) 85 Prozent, die uns nach dem Gesetze nun zugestanden werden. Wir werden also in den Fall kommen, daß wir die Grundsteuer neu einführen müssen, um diesen Ausfall zu decken. Es kann wohl sein, daß es eine große Anzahl weiterer sächsischer Gemeinden gibt, die aus demselben Grunde wie Frankenberg die Grundsteuer bisher entbehren konnten, jetzt aber sie haben müssen. Ich möchte davor warnen, den Weg zu beschreiten, den der Herr Abg. Günther vorgeschlagen hat. Ich bitte Sie, die Vorlage nach dem Deputationsbeschlusse anzunehmen.

Vizepräsident **Vär**: Das Wort hat der Herr Abg. Brodauf.

Abg. **Brodauf**: Ich glaube, zu warnen gibt es hier nichts

(Sehr richtig!)

vor dem Wege, den der Herr Abg. Günther vorgezeichnet hat. Der Herr Abg. Günther hat nur das vertreten, daß das Bestehende erhalten bleibt. Die Gemeinden, die Grundsteuer haben, können sie ruhig behalten, und schon jetzt sind Gemeinden, die keine Grundsteuer haben, nicht abgehalten, eine solche einzuführen.

(B) Wenn in der Gemeinde des Herrn Abg. Schiebler die Verhältnisse so liegen, daß dort jetzt mehr als 85 Prozent durch Gemeindesteuern erhoben werden und dies künftig auf 85 Prozent herabgesetzt werden muß, so kann ich darin für die Gemeinde keinen Fortschritt erblicken, den das Gesetz schafft, sondern nur einen Rückschritt.

(Sehr richtig!)

Vizepräsident **Vär**: Das Wort hat der Herr Abg. Mißsiche, nicht als Berichterstatter.

Abg. **Mißsiche** (Dresden): Ich muß mich ganz entschieden gegen die Darstellung wenden, die der Herr Abg. Günther von dem angeblichen Zusammenhange zwischen Grundsteuer und Mietpreisen zum Ausdruck gebracht hat. Wenn der Herr Abg. Günther recht hätte, so müßten in denjenigen Städten und Gemeinden, in denen keine Grundsteuer besteht, die besten Wohnungsverhältnisse herrschen. Er hat aber selbst ein Schreckensbild von den Wohnungszuständen in Plauen gegeben, und ich kann noch hinzufügen, daß dort die Wohnungspreise außerordentlich hoch sind. Plauen ist aber eine Stadt, die gar keine Grundsteuern hat, und dennoch bestehen

schlimme Wohnungsverhältnisse. Der Herr Abg. Günther hat also seine eigenen Ausführungen ad absurdum geführt. Ich glaube, Plauen ist ein sprechendes Beispiel dafür, daß er nicht recht hat mit seinen Behauptungen über den Zusammenhang zwischen Umsatzsteuern und Mietpreise. Aber der Standpunkt, den der Herr Abg. Günther einnimmt, ist nichts weniger als ein freisinniger Standpunkt, das ist Plauensche Lokalpolitik. Bei uns in Dresden sind die Freisinnigen ganz anderer Meinung als der Herr Abg. Günther. Zu den eifrigsten Verfechtern der Grundsteuer im Stadtparlament gehören die Freisinnigen. Ich kann mir keinen größeren Gegensatz denken als den zwischen der Haltung der fortschrittlichen Stadtverordneten Dresdens in der Grundsteuerfragen und der des Abg. Günther in diesem Hause zu derselben Sache.

Vizepräsident **Vär**: Das Wort hat der Herr Abg. Günther.

Abg. **Günther**: Meine Herren! Daß in dieser Frage die Meinungen der politischen Parteien geteilt sind, das weiß ich schon längst, und das bedurfte der von Herrn Kollegen Mißsiche beliebten Unterstreichung in keiner Weise. Ich habe auch kein Schreckensbild zeigen wollen. Es ist von den Zuständen in Plauen gesprochen worden. Ich habe auf den starken Zuwachs der Bevölkerung hingewiesen, der dort außerordentlich in die Erscheinung getreten ist, und habe an dieser Tatsache klargelegt, daß sich infolgedessen ein besonderes Wohnungsbedürfnis gezeigt hat. Meine Herren! Das ist eine Tatsache, an der wir nichts ändern können, und wir wissen, daß andererseits jede Belastung, die auf den Grundbesitz gelegt wird, natürlich wieder durch die Wohnungsmiete eingebracht werden muß. Sie können dem Hausbesitzer nicht zumuten, daß er die steuerliche Last, die er aufbringen muß, aus seiner Tasche bezahlt. Es ist aber auch möglich, daß in Zeiten besonders günstiger Konjunkturen eine solche Grundsteuer einen besonderen Anreiz bietet, die Wohnungsmieten über das richtige Verhältnis hinaus zu erhöhen. Dagegen habe ich mich gewendet und habe dargelegt, daß ich meine Hand zu einem solchen Anreiz nicht bieten kann. Je höher Sie die Grundstücke belasten, desto mehr steigen die Mieten.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Herren Berichterstatter verzichten.